KORRUPTION

Peinliche Lage

J. DIETRICH / NETZHAUT

Veba-Hauptversammlung, Vorstandschef Hartmann

Veba-Chef Ulrich Hartmann hat sich mit seinen Versuchen, das Ausmaß der Korruptionsaffäre in seinem Konzern herunterzuspielen, in eine peinliche Lage gebracht. Um seine Aktionäre zu besänftigen, widersprach er vorigen Donnerstag auf der Veba-Hauptversammlung energisch der im SPIEGEL (20/1998) genannten Schadenshöhe von 300 Millionen Mark. Das entspringe reiner Phantasie, erklärte Hartmann und berief sich dabei auf die ermittelnde Bochumer Staatsanwaltschaft. Die gehe vielmehr von einem Schaden im einstelligen Millionenbereich aus. Die Ermittler können diese Aussagen Hartmanns allerdings nicht erklären. Auf Anfrage des SPIEGEL erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Manfred Proyer, man habe zu keinem Zeitpunkt eine Schadenshöhe genannt. Anfang voriger Woche hatte die Veba dementiert, daß Chefrevisor Roland Ochsenfeld als Zeuge vor Gericht einen Schaden von 300 Millionen Mark eingeräumt habe. Hajo Regul, ehemaliger Richter am Landgericht Bochum, interpretiert Ochsenfelds Aussagen anders. Bei der Zeugenvernehmung auf die Schadenssumme angesprochen, habe sich Ochsenfeld „gewunden“ und nicht dementiert, erinnert sich der Richter. Nach dieser Reaktion, so Regul, mußte man „von einem Schaden in dieser Größenordnung ausgehen“.

DPA

Rühe

FLUGZEUGBAU

Rückschlag für Rühe

Das Airbus-Konsortium hat Bonn eine Absage erteilt. So wird das nächste Transportflugzeug der Bundeswehr wohl nicht zusammen mit Rußland und der Ukraine gebaut werden, wie es Verteidigungsminister Volker Rühe geplant hatte. Bei Airbus geben der französische Staatskonzern Aerospatiale und die deutsche Daimler-Benz Aerospace den Ton an. Jetzt haben es die Airbus-Manager abgelehnt, als „Hauptauftragnehmer“ für mehrere europäische Länder einen Transporter zu bauen, der auf dem ukrainisch-russischen Flugzeug Antonow-70 basiert. Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin hatten noch kürzlich bei einem Treffen mit Frankreichs Präsident Jacques Chirac für den Rühe-Plan geworben.

UNTERNEHMEN

Streit bei bei Viag um Computer 2000

In der Führung des Münchner Viag-Konzerns ist ein heftiger Streit um den geplanten Verkauf der High-Tech-Tochter Computer 2000 ausgebrochen. Mitte April hatte der Vorstand verkündet, daß er die Großhandelsfirma (8,2 Milliarden Mark Umsatz, 3305 Beschäftigte) an die amerikanische Tech Data veräußern will. Weil Computer 2000 die Gewinne jüngst deutlich gesteigert hat und 1998 das beste Ergebnis seiner Geschichte einfahren dürfte, zweifeln immer mehr Viag-Manager an der Entscheidung. Bis zum Jahr 2002 rechnen Roland-Berger-Berater gar mit einer Verdopplung der Erträge. Am Montag dieser Woche soll der Aufsichtsrat den geplanten Verkauf absegnen. Verweigert er die Zustimmung, platzt der spektakuläre Deal.

AUFBAU OST

„Faktisch aufgekündigt“

DGB-Chef Dieter Schulte, 58, über das Scheitern der Beschäftigungsinitiative

SPIEGEL: Die Wirtschaft wächst, aber für Ostdeutschland prognostizieren die Forschungsinstitute weiter steigende Arbeitslosenzahlen. Welche Konsequenzen ziehen daraus die Gewerkschaften?

Schulte: Öffentliche Investitionen in Ostdeutschland müssen verstärkt und Aufträge vor allem an ostdeutsche Firmen vergeben werden. Nur mit schnellen Krediten können die kapitalschwachen Ostbetriebe gestärkt werden. Auch die Treuhand-Nachfolgerin BvS muß ihren Betrieben Perspektiven weisen und für gescheiterte Privatisierungen Auffanglösungen finden.

F. OSSENBRINK

Schulte

SPIEGEL: Welche Rolle spielt dabei das ostdeutsche Bündnis für Arbeit?

Schulte: Wir wollten die wirtschaftliche Abkopplung des Ostens verhindern. Es gab klare Zusagen von Arbeitgebern und Regierung. Doch Industrie und private Banken haben Ostdeutschland hängenlassen. Die Bundesregierung ist 1997 bei der Arbeitsförderung so auf die Bremse getreten, daß der Arbeitsmarkt nun vor dem Absturz steht.

SPIEGEL: Ist das Bündnis Ost damit aufgelöst?

Schulte: Faktisch haben Arbeitgeber und Politik die Initiative aufgekündigt. Sie ist damit auch für den DGB beendet. Ostdeutschland braucht zwar auch in Zukunft die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft, aber auf einer anderen Grundlage; mit mehr Verbindlichkeit und deutlich nachweisbarem Engagement von Politik und Arbeitgebern.